

An den
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Pit Clausen

Bielefeld, den 25.10.2022

**„Einwanderungsstadt Bielefeld – Standort stärken durch gezielte Zuwanderung“
Antrag der FDP-Fraktion für die Sitzung des Rates am 03.11.2022
- Geänderte Fassung -**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Clausen,

zur Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 03.11.2022 stellt die FDP-Fraktion zum bestehenden Tagesordnungspunkt folgenden geänderten Antrag (Änderungen zum Ursprungstext unterstrichen):

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, für folgende Punkte jeweils ein Umsetzungskonzept zu erarbeiten und den jeweils zuständigen Fachausschüssen einschließlich des Integrationsrats zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen:

1. Englisch soll in den Bielefelder Verwaltungsbereichen mit direktem Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern als ergänzende Verkehrssprache zum Standard werden. Hierzu ist die Fremdsprachenkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern und weiterzuentwickeln. Entsprechende Qualifizierungsangebote sind zielgerichtet zu ermitteln und gegebenenfalls auszuweiten. Ziel ist es, dass in allen relevanten Bereichen der Stadtverwaltung auf Wunsch auf Englisch kommuniziert werden kann. Darüber hinaus soll generell die Mehrsprachigkeit in der Verwaltung gefördert und verbessert werden. Die Verwaltung wird gebeten, hierzu dem Hauptausschuss und dem Integrationsrat einen Bericht zu geben.
2. Ausländeramt und Einbürgerungsstelle sind über die bereits bestehenden Anstrengungen hinaus zu stärken. Dies kann die Optimierung der Arbeitsabläufe sowie eine Beschleunigung der Stellenbesetzung umfassen. Hierzu soll der Einsatz von Zulagen, die gezielte Ansprache von ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die innerhalb der Bielefelder Verwaltung in andere Bereiche gewechselt sind, sowie temporäre Abordnungen innerhalb der Verwaltung geprüft werden. Zudem soll ein Austausch mit anderen Gebietskörperschaften zu möglichen Verfahrensoptimierungen angestrebt bzw. vertieft werden. Der Oberbürgermeister wird gebeten hierüber im Hauptausschuss und im Integrationsrat einschließlich der Ergebnisse der durchgeführten Organisationsuntersuchungen zu berichten.

3. Als Anerkennung erfolgreicher Integration in unsere Gesellschaft führt die Stadt Bielefeld wieder jährliche und öffentliche Einbürgerungsfeiern ein. Hierzu ist ein neues und erfolgversprechendes Format von Einbürgerungsfeiern zu entwickeln und dem Hauptausschuss sowie dem Integrationsrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. In einem Gespräch zwischen IHK, Agentur für Arbeit, DGB, WEGE und REGE soll geklärt werden, ob und welche Unterstützung auf kommunaler Ebene für Unternehmen hinsichtlich der gezielten Anwerbung ausländischer Fachkräfte sinnvoll bzw. möglich ist. Eine Möglichkeit wäre, Zuwanderungsnetzwerke mit Unternehmen und Organisationen zu bilden, die besonders auf ausländische Fachkräfte angewiesen sind, für sich alleine aber keine nennenswerten Initiativen zur Kontaktherstellung, Betreuung und Integrationsunterstützung durchführen können. Das Netzwerk könnte dann koordinierte Anstrengungen initiieren, Zuwanderung direkt auf offene Stellen umzusetzen. Beispiele für entsprechende Branchen wären der Gesundheitssektor, die Gastronomie oder der IT-Bereich.
5. Die Stadt Bielefeld trifft Vorbereitungen, um eine international ausgerichtete Ersatzschule in Bielefeld anzusiedeln. Für viele internationale Fach- und Führungskräfte ist die Möglichkeit, eine international ausgerichtete Schullaufbahn für ihre Kinder gewährleisten zu können, ein zentrales Ansiedlungskriterium und daher wichtig, um solche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (zunächst) temporär für Bielefelder Unternehmen zu gewinnen.

Begründung:

Bielefeld hat in den letzten Jahren Verantwortung bei der Aufnahme geflüchteter Menschen gezeigt und tut dies auch weiterhin. Neben dieser richtigen und wichtigen Aufnahme von Menschen in Notsituationen stellt sich unserer Stadt angesichts des sich intensivierenden Fachkräftemangels zunehmend die Herausforderung, im internationalen Standortwettbewerb für qualifizierte Zuwanderung attraktiv zu sein. Der Bedarf an Zuwanderung umfasst hochqualifizierte Stellen, zunehmend aber immer weitere Bereiche des Arbeitsmarktes. Zur weiteren Attraktivitätssteigerung Bielefelds als internationaler Stadt sind daher zusätzliche Maßnahmen anzustreben.

Mit freundlichen Grüßen

Jasmin Wahl-Schwentker
Vorsitzende FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bielefeld